

# Der neue Schulterschluss

Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien bei Schlüsselthemen trägt Früchte

Von Aaron Agnolazza

**Basel.** «Inakzeptabel», «unverhältnismässig», «Vorwahlkampf-Getöse» und «Sozialabbau»: Die Reaktionen der Basler Linken fielen geharnischt aus, nachdem die Finanzkommission letzten Donnerstag ihren Bericht zum Budget 2015 vorgestellt und Rückweisung beantragt hatte. Der Frontalangriff auf das unausgeglichen Budget mit einem Defizit von 31 Millionen Franken von Finanzdirektorin Eva Herzog (SP) kam, wenig überraschend, besonders in ihrer eigenen Partei nicht gut an. SP-Präsidentin Brigitte Hollinger sagte: «Wegen eines kleinen kurzfristigen Defizits eine nachhaltige Finanzpolitik infrage zu stellen, halten wir für unverhältnismässig, wenn nicht sogar fahrlässig.»

Der letzte Coup des bürgerlichen Lagers offenbart einen neuen Schulterschluss von GLP, CVP, FDP und SVP, der bei entscheidenden Geschäften den Ausschlag geben kann. Zwar spielen die Grünliberalen des Öfteren das berühmte Zünglein an der Waage. Bei ordnungspolitischen Fragen, wie etwa dem Budget, stimmt die Kleinpartei aber jeweils stramm mit den Bürgerlichen. Und verhilft diesen so zum Erfolg über das rot-grüne Lager, das mit 46 Stimmen im Parlament nicht an die 52 von GLP, CVP, FDP und SVP herankommt. Eva Herzog dürfte bei der Budgetdebatte im Dezember im Parlament denn auch ein eisiger Wind entgegenwehen, wenn nicht noch in letzter Sekunde einige Abweichler dem Budget doch noch zustimmen werden.

## Unterflur und Erlenmatt-Tram

Doch nicht nur Eva Herzog musste die neue bürgerliche Zusammenarbeit schon schmerzhaft zur Kenntnis nehmen. Auch ihr Regierungsratskollege



**Taktgeber der Bürgerlichen.** LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein und SVP-Sekretär Joël Thüring harmonisieren gut und ziehen die Fäden.



Hans-Peter Wessels (SP) wurde wenige Wochen zuvor vom Glück verlassen und musste sich mit einem von der SP initiierten Kompromiss zufriedengeben, als es um die flächendeckende Einführung von Unterflurcontainern ging. Ursprünglich wollte Wessels mit dem neuen Abfallkonzept in der ganzen Stadt Unterflurcontainer einführen – Kostenpunkt 26,5 Millionen Franken.

Die Bürgerlichen, allen voran LDP und SVP, opponierten dagegen und schmiedeten eine parteiübergreifende Allianz, um den Kredit auf ein Drittel herunterzukürzen. Als die Sozialdemokraten der drohenden Niederlage ins Auge sahen, verständigte man sich darauf, nur die Hälfte der 26,5 Millionen Franken für eine partielle Einführung der Unterflurcontainer zu sprechen.

Was beim Abfallkonzept bereits im Parlament gelang, brauchte beim Erlenmatt-Tram noch eine Volksabstimmung.

Nachdem die 68 Millionen Franken teure Tramlinie vom Parlament gutgeheissen worden war, ergriffen CVP, FDP, LDP und SVP das Referendum gegen die 1,2 Kilometer lange Strecke. Als das Referendum vors Volk gelangte, lehnte dieses mit knappen 51,6 Prozent Nein-Anteil das Vorhaben ab und verpasste Bau- und Verkehrsminister Wessels eine Ohrfeige – war doch seit Jahrzehnten kein Tramprojekt mehr am Volk gescheitert.

## Parteizentralen koordinieren

Die Architekturen der neuen bürgerlichen Zusammenarbeit sind vor allem bei LDP und SVP auszumachen, wie aus dem Basler Politbetrieb zu erfahren ist. Koordiniert wurde die Rückweisung des Budgets, wie Recherchen der BaZ ergaben, in einem ersten Schritt in den Parteizentralen der beiden Parteien, wobei sämtliche bürgerlichen Finanzkommissions-Mitglieder eingebunden worden

seien. Schlüsselfunktionen in all diesen Geschäften sollen dabei insbesondere LDP-Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein und SVP-Grossrat Joël Thüring gehabt haben, wie es hinter vorgehaltener Hand heisst. Diese würden oftmals den ersten Schritt zur Koordination gemeinsam tätigen.

Auf Anfrage will Joël Thüring dies nicht bestätigen, erklärt jedoch, dass man derzeit mit allen bürgerlichen Parteien eine gute Zusammenarbeit pflege: «Parteiübergreifende Erfolge wie der jetzige beim Budget sind nicht von Einzelpersonen abhängig. Aber es ist richtig, dass persönliche Vertrauensverhältnisse, insbesondere zu Patricia von Falkenstein oder Andreas Zappalà bestehen. Bei ihnen ist ein Wort ein Wort.»

Dies gelte gemäss Thüring auch für andere Exponenten von LDP, FDP sowie CVP und GLP. Und auch Patricia von Falkenstein lobt die neue Zusammenarbeit: «In der Vergangenheit haperte es an der Koordination zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien. Hier haben wir in letzter Zeit grosse Fortschritte gemacht, indem bei entscheidenden Sachthemen alle in ein Boot geholt werden konnten.»

Doch auch wenn die Bürgerlichen bei den grossen Brocken Einheit demonstrieren, ist der politische Alltag nicht immer rosig: Im Gegensatz zu Rot-Grün zeigt das bürgerliche Lager immer noch Schwächen, was das oftmals heterogene Stimmverhalten im Grossen Rat offenbart. Und selbst wenn sich die Bürgerlichen einmal einig sind, scheitert das eine oder andere Geschäft an der mangelnden Präsenz im Rat. Auch beim Budget kam man letztlich über einen Minimalkompromiss nicht hinaus. Einig war man sich einzig darin, dass die Regierung eine schwarze Null vorzulegen hat. Auch noch zu definieren, wo wie viel Geld eingespart werden soll, hätte den Bogen wohl überspannt.

# Raser kriegt 14 Monate bedingt

Innerorts mit 114 km/h geblickt

Von Jonas Hoskyn

**Basel.** Raserfälle sind im Kanton Basel-Stadt eher die Ausnahme. Denn um unter die neuen Rasergesetze zu fallen, muss man bei Tempo 50 mindestens mit einer doppelt so hohen Geschwindigkeit unterwegs sein. Angesichts des Basler Streckennetzes eigentlich schon fast eine Unmöglichkeit. Der 37-jährige Kubaner, der gestern vor dem Strafgericht stand, ist einer der wenigen, die in der Stadt seit Inkrafttreten des neuen Artikels 2013 mit einer derart krassen Geschwindigkeitsübertretung erwischt wurde. Mit 114 Stundenkilometern bretterte der arbeitslose und hoch verschuldete Bauarbeiter am Morgen des 22. Januar dieses Jahres im BMW X5 über die Reinacherstrasse in Richtung Münchenstein, als er um 2.34 Uhr von der dortigen Radaranlage geblickt wurde. Nach Abzug der Sicherheitsmarge verbleiben noch 58 km/h zu viel.

Dazu kommt, dass Mann einschlägig vorbestraft ist: Bereits mehrfach wurde ihm der Führerausweis entzogen, weil er betrunken oder zu schnell unterwegs war. So erhielt er den Führerausweis erst vergangenen Dezember, wenige Wochen vor seiner Raserfahrt, wieder zurück. «Er hätte schon längst merken müssen, dass ihm die letzte Chance gegeben wurde», meinte die Staatsanwältin in ihrem Plädoyer. Das Verschulden dürfe nicht bagatellisiert werden. Angesichts der offensichtlichen Unbelehrbarkeit des Angeklagten forderte sie eine harte Sanktion: zwei Jahre Freiheitsstrafe unbedingt.

## Probezeit verlängert

Er sei im Stress gewesen und habe deshalb einen Moment nicht aufgepasst, versuchte der Mann die Fahrt zu erklären. «Ausserdem bin ich davon ausgegangen, dass es sich um eine Industriezone handelt und ich 60 fahren dürfte.» Die Verteidigerin wies in ihrem Plädoyer darauf hin, dass der Mann, der mit einer Schweizerin einen Sohn hat, bisher immer nur Geldstrafen für seine Verkehrsdelikte erhalten hatte. Die Aussicht auf eine Gefängnisstrafe habe Eindruck gemacht, erklärte die Verteidigerin und beantragte eine Strafe auf Bewährung.

Dem folgte auch das Gericht und verurteilte den Mann zu einer bedingten Freiheitsstrafe von 14 Monaten. In Anbetracht der Vorstrafen wurde die Probezeit auf vier Jahre verlängert. «Sie sind kein klassischer Raser, der Rennen fährt oder seinen Selbstwert nur aus seinem Auto bezieht», sagte Gerichtspräsident Dominik Kiener in der Urteilsbegründung. «Und es wird Sie viel Zeit und Geld kosten, den Führerschein zurückzuerhalten.» Die Polizei hatte diesen nach der Raserfahrt auf unbefristete Zeit eingezogen.

# Mehr Sonderabfälle kommen nach Kleinhüningen

Bei der Erweiterung des Tanklagers werden die Umweltvorschriften laut Regierung eingehalten

Von Urs Rist

**Basel.** Seit 1996 werden an der Neuhausstrasse in Kleinhüningen Sonderabfälle verbrannt. Nun ist auf diesem Areal eine Erweiterung geplant, wofür Anfang Juli ein Baugesuch publiziert wurde. Vorgesehen sind ein Neubau für die Annahme, Kontrolle, Triage und Zwischenlagerung der Sonderabfälle sowie eine Erweiterung des Tanklagers um vier Tanks. Dies steht in der Antwort des Regierungsrats auf eine Interpellation von Grossrätin Heidi Mück (Grünes Bündnis), die nähere Auskünfte auch über die Auswirkungen auf das Quartier gewünscht hat.

Hintergrund der Erweiterung ist die Verlegung der Sonderabfallverwertungsfirma Sovag vom zürcherischen Obfelden nach Basel. Diese gehört zum gleichen Konzern Veolia wie die Valorec, welche den Basler Sondermüllofen betreibt. In der neuen Plattform werde eine Vielzahl von Sonderabfällen umgeschlagen, die aus Sammelstellen und Betrieben in der Schweiz stammen, schreibt die Regierung.

Nach der Triage würden die Abfälle in diversen Anlagen fachgerecht verwertet, entsorgt oder verbrannt. Ein Teil komme in die Basler Verbrennungsanlage. Das Tanklager soll Altlösungsmittel aufnehmen. Pro Jahr sollen zusätz-

lich 14000 Tonnen Sonderabfälle in Kleinhüningen umgeschlagen werden. Im vergangenen Jahr wurden dort 35 000 Tonnen entsorgt.

## 14 Lastwagen pro Tag

Zusätzliche Emissionen entstünden vor allem in der Luft. Diese werde aber abgesaugt und über einen Aktivkohlefilter gereinigt. Bei der Restemission werde die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen überwacht. Ein Teil der abgesaugten Luft werde in der Sondermüllverbrennungsanlage verbrannt. Die zusätzlichen Lärmmissionen seien geringer als ein Dezibel und deshalb nicht wahrnehmbar.

Auch der Zusatzverkehr soll laut Regierung mit durchschnittlich 14 Lastwagenfahrten pro Tag gering sein. In der benachbarten Hochbergerstrasse werden täglich rund 1000 Lastwagen gezählt. Die Zufahrt erfolge über die Baden- und die Neuhausstrasse, also um das Einkaufszentrum Stüchi. Die Fenster des dortigen Hotels seien auf der Ostseite gegen die Badenstrasse fest verschlossen, schrieb die *Schweiz am Sonntag*. Die Immissionsgrenzwerte schliesslich werden gemäss dem Regierungsrat deutlich eingehalten. Das Vorhaben werde von den kantonalen Umweltfachstellen als umweltverträglich beurteilt.

# Unfall in Kinder-Ferien-Stadt: Zwei Sozialpädagogen verurteilt

Gericht beurteilt Brandunfall als fahrlässige Körperverletzung

Von Jonas Hoskyn

**Basel.** «Dass man in ein heisses Gefäss keinen Brennsprit nachgiessen sollte, weiss hierzulande jedes Kind vom Fondue», sagte die Gerichtspräsidentin Kathrin Giovannone bei der gestrigen Urteilsbegründung. Genau dies aber hatte ein heute 40-jähriger Sozialpädagoge im Herbst 2011 in der Kinder-Ferien-Stadt auf der Claramatte gemacht. Er hatte die Aufgabe gefasst, mit Kindern das Chemieexperiment «schwarze Würmer» durchzuführen. Dabei werden Hustenbonbons mit Brennsprit übergossen und dann angezündet. Während der Verbrennung verformen sich die Bonbons in längliche schwarze Schlangen.

Vier Tage lang verlief das Experiment problemlos. Doch am Sonntagmorgen kam es zu dem verhängnisvollen Unfall. Als der Sozialpädagoge das Experiment wiederholen wollte und Brennsprit in die mit Katzenstreu gefüllte Schale goss, bildete sich eine Stichflamme. Dadurch geriet eine Frau, die mit ihrem Sohn am gleichen Tisch mit einem anderen Experiment beschäf-

tigt war, in Brand und erlitt schwerste Verbrennungen. Bis heute musste sich die Wienerin 13 Operationen unterziehen und bleibt dauerhaft geschädigt. Auch der Sohn wurde beim Unfall leicht verletzt (die BaZ berichtete).

## Keine Sicherheitsmassnahmen

Das Strafgericht kam zum Schluss, dass sich der Sozialpädagoge und sein ebenfalls angeklagter Kollege, der die Kinder-Ferien-Stadt organisiert hatte, der fahrlässigen Körperverletzung schuldig gemacht haben, und verurteilte die beiden zu bedingten Geldstrafen in der Höhe von 90 Tagessätzen. Weiter hiess es eine Schadensersatz- und Genugtuungsforderung der Frau im Grundsatz gut.

Die beiden Männer hätten die gebotene Sorgfalt unterlassen. «Wer Kindern ein Chemieexperiment vormacht, hat eine erhöhte Sorgfaltspflicht», sagte die Gerichtspräsidentin. Ausserdem seien keine geeigneten Sicherheitsmassnahmen wie etwa ein Feuerlöscher oder eine Löschdecke vorbereitet worden. «Sonst wäre es wohl bei ein paar angebrannten Kleidern geblieben.»

# Rollentausch im Schaufenster



**Behinderte befragen Gesunde.** Für den Internationalen Tag der Behinderten hat sich Basel gestern etwas Spezielles einfallen lassen: Menschen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung zeigten sich in der Öffentlichkeit in einer besonderen Rolle. Sie befragten in Schaufenstern Prominente. So interviewte Walter Beutler im Sony-Center am Barfi Stephanie Eymann, Gemeinderätin von Eptingen. Unterwegs waren diverse Prominente, so auch Swiss-Olympic-Präsident Jörg Schild, Theaterdirektorin Caroline Rasser oder FCB-Sportchef Georg Heitz. Organisiert wurde der Rollentausch von Impulse Basel, dem Behindertenforum der Region Basel und der Fachstelle Gleichstellung Menschen mit Behinderung (MV) Stefan Leimer